
Hans-Ulrich Wehler

Preußen ist wieder chic ...

Politik und Polemik

edition suhrkamp

SV

es 1152

edition suhrkamp

Neue Folge Band 152

»Die neue Preußen-Mode verrät nur zu deutlich, daß sie zur Flucht vor der bundesrepublikanischen Wirklichkeit anhält. Sie beschönigt die Schwachstellen der preußischen Geschichte und greift einige maßlos idealisierte Elemente heraus, da sie historisch nicht so gut informiert ist, daß sie erkennen oder zuzugestehen vermöchte, wie lange die kritische Geschichtswissenschaft diese Götzen schon vom Podest gestürzt hat.« Dieses pointierte Urteil Hans-Ulrich Wehlers über die gegenwärtig wieder in Mode gekommene Preußen-Verehrung kann als repräsentativ gelten sowohl für die Themen als auch für die Formen, in denen ein Fachwissenschaftler zu Fragen Stellung nimmt, die das allgemeine historische Verständnis der Gegenwart betreffen. Diese in der Öffentlichkeit umstrittenen Sachverhalte sind Anlaß zu unverschnörkelt formulierten Polemiken, die, um der Klärung der umstrittenen Sachverhalte willen, diplomatisch verhüllten Sottisen oder betulich verklausulierten Bedenken vorgezogen wurden. Darin liegt die Berechtigung des Untertitels.

Hans-Ulrich Wehler lehrt als Historiker an der Universität Bielefeld.

Hans-Ulrich Wehler
Preußen ist wieder chic . . .

*Politik und Polemik
in zwanzig Essays*

Suhrkamp

2. Auflage 2015

Erste Auflage 1983

edition suhrkamp 1152

Neue Folge Band 152

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1983

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-11152-9

Inhalt

Vorbemerkung

I.

1. Preußen ist wieder chic . . . Der Obrigkeitsstaat im Goldrähmchen 11
2. »Deutscher Sonderweg« oder allgemeine Probleme des westlichen Kapitalismus? 19
3. Vorzüge der Nachteile des deutschen Sonderwegs 33
4. Zum dritten Mal: Deutscher Antiamerikanismus 37
5. Wohlbehagen im Wolkenkuckucksheim: Die Chimäre eines neutralisierten Gesamtdeutschland 47
6. Traditionserlaß ade – der politischen Vernunft eine Gasse 53
7. Renaissance der »Geopolitik«? 60
8. Nicht verstehen – der Preußennostalgie widerstehen! 67
9. Sozialdemokratie und deutscher Nationalstaat 72
10. Leopold Schwarzschild contra Carl v. Ossietzky 77

II.

11. Galls »Bismarck« – Vorzüge, Grenzen und Rezeption einer Biographie 87
12. Neoromantik und Pseudorealismus in der neuen »Alltagsgeschichte« 99
13. Wirtschaftsgeschichte von Anno dazumal oder »Fortschritt zum Kapitalismus«? 107
14. Historische Handbücher – ein schwieriges Geschäft 116
15. Preußische Polenpolitik in der ostdeutschen Geschichtsschreibung 121

III.

16. Ein völlig neues Studiergefühl: Plädoyer für ein Regelstudium 135
 17. Grober Keil auf groben Klotz: Gegen die Diffamierung wissenschaftlicher Leistungsstandards 141
 18. Das Ende der Sackgasse. Die Hochschulpolitik von GEW und DGB oder: Wie geriert sich das zeitgenössische Banausentum? 144
 19. Neue Hochschulgesetze: Droht die Zerstörung der Universitäten? 154
 20. Antiquierte Aversionen gegen Geschichte? 172
- Bibliographische Notiz 193

Vorbemerkung

Der vorliegende Band enthält in erster Linie eine Auswahl von Kommentaren zu politischen Problemen, die über den aktuellen Anlaß hinaus weiterhin Bedeutung besitzen; diese Kommentare werden durch einige Aufsätze zu allgemeinen fachwissenschaftlichen und hochschulpolitischen Streitfragen ergänzt. Zusammengekommen zeigen die Essays, daß sich der Verfasser nicht nur an noch andauernden Kontroversen der Geschichtswissenschaft und der Hochschulpolitik beteiligt, sondern auch als politisch interessierter Bürger seine Auffassungen vertritt, um außerhalb des Wissenschaftsbetriebs im engeren Sinn an Auseinandersetzungen über wichtige politische Themen, die in der Bundesrepublik zur Zeit erörtert werden und ihren Politikern Entscheidungen abverlangen, aktiv teilzunehmen. Die Pointe des Urteils ist bewußt thesenartig zugespitzt. Meist hat ein umstrittener Sachverhalt eine – jedenfalls ist das die Absicht – unverschnörkelt formulierte Polemik ausgelöst. Sie ist durchweg diplomatisch verhüllten Sottisen oder betulich verklausulierten Bedenken vorgezogen worden. Darin liegt die Berechtigung des Untertitels. Die Werturteile werden mithin nicht stillschweigend eingeschmuggelt, sondern explizit entwickelt und verteidigt, um über den eigenen Standort in der Diskussion keine Unklarheit aufkommen zu lassen. Die Verfechter von Gegenargumenten sollen möglichst auch dazu veranlaßt werden, ihre Position ebenso entschieden zu verteidigen oder aber neu zu bestimmen, wie das angesichts überzeugungskräftiger Einwände im umgekehrten Fall auch zu tun wäre. Denn alle diese Essays sind von der Grundauffassung bestimmt, daß man an politischen und wissenschaftlichen Debatten mit Engagement und dezidierter Meinungsäußerung teilnehmen, sich jedoch auch dafür offen halten sollte, angesichts besserer Argumente das ursprünglich vertretene Urteil zu revidieren oder im Zweifelsfall auf es zu verzichten.

Die Mehrzahl der Beiträge ist zuerst für Rundfunk und Fernsehen geschrieben worden. Dem Bayerischen, Norddeutschen, Saarländischen und Westdeutschen Rundfunk sowie dem Sender Freies Berlin bzw. den jeweiligen Fernsehanstalten, insbesondere aber den verantwortlichen Redakteuren, bin ich dankbar, daß sie das Forum ihrer Öffentlichkeit für diese Art von Kritik und Polemik

bereitwillig offengehalten haben. Fast alle Beiträge sind danach auch gedruckt worden, darüber informiert die »Bibliographische Notiz«; den Zeitungen und Zeitschriften möchte ich dafür noch einmal danken. Dem Abdruck in diesem Band liegt die ungekürzte Fassung der Essays zugrunde; sie sind nur hier und da sprachlich überarbeitet und sachlich ergänzt worden.

H.-U. W.

Preußen ist wieder chic . . .

Der Obrigkeitsstaat im Goldrähmchen

Preußen ist wieder »in« – das kann man im neudeutschen Jargon getrost konstatieren. Man trägt wieder Preußen. Mancher trägt es sogar unter dem Arm – in Gestalt von Bernt Engelmanns Buch *Preußen – Land der unbegrenzten Möglichkeiten* oder, besser noch, von Sebastian Haffners Band *Preußen ohne Legende*. Das sind lesenswerte Bücher, Haffners zumal, das – gescheit, kritisch und blendend geschrieben – die Berufshistoriker beschämt, dennoch aber »Legenden über Preußen« heißen könnte. Die Konjunktur ist günstig. Vielgelesene Journalisten wie die Gräfin Dönhoff oder Walter Görlitz hatten schon seit längerem zur neuen Preußenmode geraten. Jetzt schlägt sich das literarische Interesse in den Verkaufsziffern der neuen Bücher nieder. Da werden demnächst wohl auch wieder die Verehrer des alten Preußen zu Worte kommen, Männer wie der stramm royalistische Erlanger Historiker Hans-Joachim Schoeps, der das Ressentiment der preußischen Altkonservativen, daß ihr Land mit der Reichsgründung von 1871 untergegangen sei, als der Weisheit letzter Schluß verkündet hat. Oder der Bonner Borusse Walther Hubatsch, »einer der letzten Meister der nationalen Phrase« – wie sein Kollege Karl Otmar v. Aretin unlängst geurteilt hat – und unentwegt bemüht, Preußens Gloria in deutschnationalen Farben auszumalen. Wir werden sehen. Fest steht dagegen heute schon, daß Berlin seine riesige Preußenausstellung vom Sommer 1981 ab genießen darf. In Leitartikeln und Rundfunkkommentaren, in Festreden und beiläufigen Äußerungen – überall tauchen in zunehmendem Maße Anspielungen auf Preußen auf, auf seine Geschichte, auf seinen politischen Stil, auf vielerlei Traditionen.

Auffällig daran ist vor allem, wie die Erinnerung an vermeintliche oder echte Vorzüge überwiegt. Die Preußenkritik ist spürbar zurückgetreten. Das ist, mehr als dreißig Jahre nach der Auflösung Preußens durch den Alliierten Kontrollrat, ein eigenartiges Phänomen. Schwappt hier nur jene Nostalgiewelle, welche sich bei der Stauer-Ausstellung in Stuttgart, bei der Weimar-Ausstellung in Berlin, beim Fernschrückblick auf die fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts gezeigt hat, in einen anderen Bereich über? Oder

handelt es sich um eine kurzlebige Zufallserscheinung? Mit der Diagnose, daß Preußen wieder attraktiv geworden ist, wird mancher übereinstimmen. Weit schwieriger aber ist zu erklären, wie es zu dieser Wiederbelebung des Interesses gekommen ist und was es für das politische Klima der Bundesrepublik bedeutet. Wir müssen versuchen, über die Ursachen und Wirkungen dieses Interesses mehr Klarheit zu gewinnen, nicht zuletzt deshalb, weil sich mit den unüberhörbar apologetischen Tönen Gefahren ankündigen, denen es zu begegnen gilt.

Was immer man als das Todesdatum von Preußen wählt – 1871, 1933, 1945, 1947, ich selber wäre mit Nachdruck für 1945 –, Preußen ist seit Jahrzehnten unwiderruflich vergangen. Die einzige angemessene Haltung, mit der man dieser überaus kontroversen historischen Erscheinung heutzutage zunächst einmal zu begegnen hat, ist eine Haltung prinzipieller Offenheit: Es gilt, sowohl die zahlreichen Schattenseiten Preußens als auch seine bedeutenden Leistungen illusionslös zu sehen. Verklärung und Verteufelung führen gleichermaßen in die Irre. Erst ein abwägendes, kritisches Urteil kann dem umstrittenen Gegenstand gerecht werden. Das muß an einigen Beispielen verdeutlicht werden.

Die Herrschaft der landadligen Gutsbesitzer in ihren Rittergutsbezirken hat bis weit in das 20. Jahrhundert hinein Züge einer schwer erträglichen Tyrannei besessen. Zahlreiche der ominösen Junker herrschten im Stil von Lokaldespoten über Landarbeiter und Gesinde. Hier und da mag patriarchalische Fürsorge den Druck gemildert haben. Als alter Herrenstand – oder seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert zunehmend als Klasse von agrarkapitalistischen Großunternehmern – hat der Grundadel im allgemeinen jedoch das Regime eines harten, machtgewohnten, arroganten Paternalismus vertreten.

Daß Preußen bis 1918 ein geradezu klassischer Obrigkeitsstaat mit der korrespondierenden Untertanenmentalität gewesen ist, läßt sich genauso wenig leugnen. Die Staatsmetaphysik der protestantischen Geistlichkeit, welche die gottgegebene Obrigkeit verklärte, aber auch der hegelianischen Philosophie, welche den Restaurationsstaat als vernünftige Wirklichkeit pries, hat zu verhängnisvollen Auswirkungen geführt. In jedes Lehrbuch der Politik gehört, wie sich in Preußen die »Lebenslüge des Obrigkeitsstaats« (Gustav Radbruch) entfaltete, daß der Staat als neutraler Schiedsrichter über dem Kampf der Interessen schwebt und ausschließlich dem

Gemeinwohl diene. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Selten kann man in solcher Reinheit studieren, wie interessengebunden der Staatsapparat funktionierte, wie die Bürokratie an die Interessen von Adel, Wirtschafts- und Bildungsbürgertum gebunden war, wie die Rechtsprechung eingefleischten Vorurteilen folgte, wie die Verbände der großen Produktionsinteressen in Landwirtschaft und Industrie im Zusammenspiel mit der Verwaltung ihr Schäfchen ins Trockene brachten. Gewiß, eine orientalische Bak-schisch-Korruption war seit dem frühen 19. Jahrhundert selten – wenn auch vorher gang und gäbe –, aber auf eine subtilere Weise besaß selbst die hochgepriesene preußische Bürokratie ihre permanenten Schwachstellen.

Verhängnisvoll wirkte sich der Militarismus des Landes als Folge der Hohenzollernschen Expansionspolitik aus. Nicht nur gewann das Militär eine Sonderrolle im Staat und ein Sonderprestige in der Gesellschaft, bestimmte es Normen, Verhaltensweisen und Ehrenkodex, sondern das flache Land erfuhr eine soziale Militarisierung mit deprimierenden Fernwirkungen. Da der Gutsbesitzer im alten Preußen zugleich Kompaniechef war, trat er dem Gutsarbeiter sowohl als Arbeitgeber, als Inhaber der niederen Gerichtsbarkeit und der Polizeigewalt, des Kirchen- und Schulpatronats als auch als militärischer Vorgesetzter mit dem Anspruch auf strikten Gehorsam gegenüber. Verlassen des Gutes bedeutete rechtlich zugleich Desertion. Der Kommandostil des Heeres setzte sich auch in den Alltagsbeziehungen auf den Gütern durch. Ohne diese soziale Militarisierung, ohne die in den Einigungskriegen der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts erneut zementierte Vorrangstellung des Militärs läßt sich das, was als spezifisch preußischer Militarismus zu gelten hat, nicht erklären.

Niederdrückend ist auch die zählebigte Tradition der Verfolgung von Minderheiten. Die preußische Polenpolitik nahm nach 1848 immer harschere Züge an, verstieg sich bis zu Enteignung und Sprachenverbot. Liberale erfuhren, wie neutral die Verwaltung über den Parteien schwebte! Noch in den ersten Jahren von Bismarcks Ministerpräsidentschaft wurden viele von ihnen ins Gefängnis geworfen, in Presseprozesse verwickelt, später aus der Beamenschaft entfernt und generell aus dem Staatsdienst abgedrängt. Den Katholiken ging es während des Kulturkampfes in den siebziger Jahren und in den Jahrzehnten danach nicht besser. Sie fühlten sich seither – erst die CDU-Politik hat das überwunden – in

die Verteidigungsstellung einer konfessionellen Minderheit gedrängt. Noch härter wurden die Sozialdemokraten als »vaterlandslose Gesellen« an den Rand der bürgerlichen Gesellschaft gedrängt, im Alltagsleben diskriminiert, von öffentlichen Ämtern ferngehalten, in den Jahren des Sozialistengesetzes (1878–1890) schikaniert und sogar außer Landes getrieben. In die Defensive gedrängt, igelte sich die Arbeiterbewegung in ihre eigene Subkultur ein, um sich darin wohnlich einzurichten, da ihr das kaiserliche Deutschland die bürgerliche Gleichberechtigung nicht bot.

Bis 1918 galt das preußische Dreiklassenwahlrecht, das die Landtagswähler nach ihrem Steueraufkommen einteilte. Ein Dutzend Neureiche konnte danach mehr Wahlmänner bestimmen als 10000 Arbeiter in ihrem Stadtteil. Die wortgewaltige Kritik Max Webers mitten im Ersten Weltkrieg: ob man denn Millionen von Soldaten, die an der Front ihre Knochen hingehalten hätten, wieder in der 3. Klasse wählen lassen wolle, während die Kriegsgewinnler mit Hilfe der 1. Klasse weiter den Ton angeben könnten, sie verhalte ohne Ergebnis.

An politischer Borniertheit lassen sich die preußischen Machteliten weder vor 1918 noch 1932/33 übertreffen, als nicht wenige ihrer Repräsentanten zu den konservativen Steigbügelhaltern gehörten, die Hitler in den Sattel hoben.

Ruhmesblätter sind das gewiß nicht. Auf der anderen Seite ist es auch keineswegs die ganze Wahrheit. Preußen war auch das Land des »Allgemeinen Landrechts«, das in seinen – aus je einem verständlichen Satz bestehenden – 19000 Paragraphen manchen zeitgerechten Grundsatz festschrieb. In Preußen bildete sich auch eine Verwaltungsgerichtsbarkeit heraus, die Entscheidungen der Bürokratie einer ziemlich effektiven Kontrolle unterwerfen konnte. Die Berliner Spätaufklärung hat östlich des Rheins nicht so leicht ihresgleichen: Die großen aufgeklärten Zeitschriften pflegten eine so offene Sprache, eine so dezidierte Reformposition, eine so vehemente Adelskritik, daß auch heute noch der Leser aus dem Staunen nicht herauskommt. Reformuniversitäten wie Halle galten zeitweilig in ganz Europa als Modell, die Wissenschaftsförderung hält jedem Vergleich stand, die religiöse Toleranz zog Tausende von Glaubensflüchtlingen an, die den geistigen Reichtum vermehrt, vor allem aber auch die Wirtschaft belebt haben. Unleugbar besaß auch die Verwaltung in manchen Bereichen eine Effektivität, die sie zum Vorbild werden ließ, die Verwaltung der Städte z.B. zog seit

dem späten 19. Jahrhundert eine amerikanische und englische Expertenkommission nach der anderen an; der amerikanische Progressivismus hat diese Verwaltungseinrichtungen schlichtweg kopiert. Der staatlichen Industrialisierungspolitik wird man ihre großen Erfolge auch nicht bestreiten können. Die Abwägung der Nachteile und Vorzüge Preußens macht es nicht gerade leicht, schnell eine Bilanz zu ziehen.

Der Historiker, der preußische Politikgeschichte in den Mittelpunkt stellt und von daher ein Gesamturteil zu gewinnen versucht, kann zwei Gefahren erliegen. Entweder folgt er der Versuchung, die preußische Geschichte zu beschönigen: Die Politik der großen preußischen Herrscher sei doch imponierend genug; die Staatsbildung beeindruckte Zeitgenossen und Leser von heute gleichermaßen; letztlich sei die preußische Politik maßvoll gewesen, füge sich in den europäischen Rahmen, entarte womöglich erst unter dem hergelaufenen Österreicher aus Braunau. Die Gegenposition neigt dagegen zu ausschließlich düsteren Farben: Preußen als Hort reaktionärer Adelherrschaft, ständig kriegsbereiter Fürsten, kostspieliger Massenheere. Preußen als ewiger Unruhestifter im europäischen Staatensystem, als Verkörperung des Militarismus, als repressiver Staat im Inneren.

Beschränkt man sich dagegen nicht auf die Politikgeschichte mit der Tendenz zur Schwarz-Weiß-Malerei, sondern stellt die Gesellschaftsgeschichte Preußens in den Mittelpunkt, müssen weit mehr Entwicklungen, mehr Gesichtspunkte, mehr kontroverse Erscheinungen berücksichtigt werden. Das Ergebnis ist ein differenzierteres Bild, das der preußischen Vergangenheit eher angemessen ist als die traditionalistische Geschichte der Haupt- und Staatsaktionen oder gar nur der Dynastie. Die moderne Gesellschaftsgeschichte muß Wirtschaft und Sozialstruktur, Herrschaft und Kultur gleichberechtigt behandeln. Daher beschäftigt sie sich auch mit den Lebensbedingungen der großen Mehrheit, nicht nur mit Eliten, Generälen und Kabinettspolitikern. Sie kann daher auch die preußische Kriegspolitik gegen die preußische Aufklärung, die Korruptierbarkeit des ostelbischen Landrats gegen die Rechtssicherheit für viele, die Härten des Obrigkeitsstaats gegen die Leistungen der Universitäten, die vor 1914 alle Welt beeindruckten, abwägen.

Soweit ich zu sehen vermag, wird letztlich dennoch die Kritik überwiegen. Nicht aufgeklärte Redakteure und Juristen, nicht

Königsberger Philosophen oder Hallenser Nationalökonomien, nicht Toleranz und ökonomische Erfolge haben, was die historische Gesamtwirkung angeht, den Ausschlag gegeben, sondern der Interessenegoismus der Junker, die Illiberalität der Bürokratie, der Starrsinn des Militärs, der reaktionäre Anachronismus von Politikern, die Liberale und Katholiken, Sozialdemokraten und Polen verfolgten, die das Dreiklassenwahlrecht als ihr Nonplusultra verteidigten, 1914 das Risiko des »heißen Krieges« akzeptierten, den republikanischen Ersatzkaiser Hindenburg zu korrumpieren unternahmen und schließlich jener konservativen Allianz angehörten, die sich mit dem großen Trommler gegen die Wirtschaftskrise, die Dauerarbeitslosigkeit, die organisierte Arbeiterbewegung rückversichern wollte. Auch ein kritischer Kopf wie Haffner geht über diese Schattenseiten Preußens zu schnell hinweg. Preußen ist nicht, wie er meint, 1871 von der historischen Bühne abgetreten, sondern das Reich war eine großpreußische Gründung »gegen den Geist der Zeit« (Ziekursch), und der preußische Hegemonialstaat im »ewigen Bund« von 1871 hat dem Reich mehr preußische Züge aufprägen können als diejenigen wahrhaben wollen, die von einem Aufgehen Preußens im Reich reden. Nicht süddeutsche Konservative haben 1932/33 den Ausschlag gegeben, sondern Vertreter der alten preußischen Machteliten. Die meisten von ihnen haben Hitler zu lange gedient. Spät kam ihr Widerstand 1944, als schon abertausende Angehörige der Arbeiterbewegung wegen ihrer Opposition das Leben verloren hatten oder im KZ gelandet waren – 1938 z.B. 15 000! Nein, Preußen zum Gegenstand einer neuen Nostalgiewelle machen, heißt schon, vor dem, was man aus der Geschichte lernen kann, bereitwillig die Augen verschließen.

Wie aber soll man sich, um zu der Ausgangsfrage zurückzukehren, die Ursachen der neuen Preußenwelle, zu der es dennoch gekommen ist, erklären? Meines Erachtens handelt es sich um die Flucht in eine verklarte Vergangenheit, die angeblich ohne die Schwächen der Gegenwart war und deshalb, bewusst oder unbewußt, zum Modell stilisiert wird. Es gibt in Deutschland eine lange Tradition des Ausweichens vor einem realistischen Politikverständnis, die Preußennostalgie verlängert diese Tradition. Wer den egoistischen Kampf der Interessenverbände degoutierlich findet, beschwört die vermeintliche Neutralität der alten preußischen Bürokratie. Wer einen Bestechungsfall in der Bauverwaltung für symptomatisch hält, traktiert uns mit der Legende vom nicht kor-

rumpierbaren preußischen Geheimrat. Wen es irritiert, daß die Mehrheit der Bundesbürger private Glückserfüllung – meinetwegen bis hin zum Hedonismus – sucht, fordert uns zum »Dienst am Staat« auf, die alte Staatsideologie ist noch keineswegs abgestorben. Wer sich über Langhaarige, Zivildienstleistende und kritische Studenten ereifert, empfiehlt uns wieder preußische Zucht und Ordnung, verklärt das Verhältnis von Herr und Knecht und lobt jenen Patriarchalismus, der so viele in Unmündigkeit gehalten hat. Wem der offene Disput der Parteien, wem ihr politisches Geschäft als Verrat am »Gemeinwohl« erscheint, rät uns zur Rückkehr zur preußischen Sachlichkeit, obwohl doch nacktere Interessenpolitik als im alten Preußen selbst von den Parteimaschinen von Tammany Hall oder Kansas City nicht betrieben worden ist.

Kurzum: Die neue Preußenmode verrät nur zu deutlich, daß sie zur Flucht vor der bundesrepublikanischen Wirklichkeit anhält. Sie beschönigt die Schwachstellen der preußischen Geschichte und greift einige maßlos idealisierte Elemente heraus, da sie historisch nicht so gut informiert ist, daß sie zu erkennen oder zuzugestehen vermöchte, wie lange die kritische Geschichtswissenschaft diese Götzen schon vom Podest gestürzt hat.

Das Reaktionsmuster ist durchaus vertraut. Wenn wirtschaftliche Schwierigkeiten wachsen, wenn die Arbeitslosenzahl um zwei Millionen herumpendelt, wenn die Verteilungskämpfe härter werden – dann gewinnen die fünfziger Jahre einen neuen Glanz, denn in ihnen war der zu verteilende Kuchen angeblich größer, jeder war, scheint es, aus dem Schlamassel nach 1945 auf dem Weg zurück zum normalen Leben oder nach oben. Ist die Prognose riskant, daß mit zurückkehrender wirtschaftlicher Konjunktur und sozialer Stabilität dieser Talmiglanz wieder verblassen wird? Ähnlich geht es jetzt mit Preußen: Wer nicht akzeptieren will, daß Verbände und Tarifpartner öffentliche Gewalten geworden sind, daß wir in einem Parteienstaat mit ungleich mehr Vorzügen als Nachteilen leben, daß der Generationenkonflikt manchmal neuartige Züge annimmt – dem kommt der legendäre preußische Stil gerade zupaß, er präsentiert uns den ruppigen Militär- und Obrigkeitsstaat im Goldrahmen. Von Disziplin und Pflichtgefühl ist dann ausgiebig die Rede, aber nicht mehr von der Servilität und dem Kadavergehorsam, welcher die Kehrseite gebildet hat.

Damit kein Irrtum entsteht: Niemand soll auf seine Kritik verzichten, am Übermut der Verbände beispielsweise, an der Bürger-

ferne der Parteien, an der Brutalität der Rocker oder woran auch immer. Aber Preußen ist als leuchtendes Gegenbild denkbar schlecht geeignet. Ist der schwere Preis schon wieder vergessen, den Generationen für die Härte der preußischen Sozialverfassung, für die Verherrlichung des Militärs, für Kriege und Freiheitsentzug im Inneren gezahlt haben? Noch einmal: Daß über den Schattenseiten nicht die Lichtseiten Preußens vergessen werden, dafür sorgt die Geschichtswissenschaft, zumal wenn sie sich von der Fixierung auf die staatsorientierte-staatsfreundliche Politikgeschichte löst. Heute aber sollten wir uns, wenn schon nach älterer Tradition gesucht wird, auf die großzügigen Reformen besinnen, die im Gefolge der Französischen Revolution in den Rheinbundstaaten zwischen Rhein und Elbe eingeführt worden sind, viele der überschätzten preußischen Reformen übertreffen sie allemal. Wir sollten auf die Traditionen eines freieren öffentlichen Lebens selbstbewußt zurückblicken, wie es in Süd- und Westdeutschland schon jahrzehntelang üblich war, als in Preußen noch (1913) weltbekannte Gelehrte vor einem schnöseligen Leutnant vom Bürgersteig auf die Fahrbahn ausweichen mußten. Wir sollten zufrieden sein, daß die Bundesrepublik denjenigen Teil des alten Deutschland umfaßt, der immer schon stärker am Westen orientiert war und von ihm weitaus nachhaltiger als Ostelbien beeinflusst worden ist. Eines idealisierten Preußenbildes bedürfen wir weder für die Traditionsbildung noch für die zeitgenössische Kritik. Wir können auf bessere Traditionen zurückgreifen, und für die Kritik sind die liberal-demokratischen Grundzüge eines konsequent ernstgenommenen Grundgesetzes allemal legitimere Maßstäbe als wir sie durch den Vergleich mit einem nostalgisch verharmlosten Preußen je gewinnen können.

»Deutscher Sonderweg« oder allgemeine Probleme des westlichen Kapitalismus?

Vor dem Ersten Weltkrieg war die selbstbewußte Vorstellung von einer preußisch-deutschen Sonderstellung im System der europäischen Staaten in der Öffentlichkeit, insbesondere unter der akademischen Intelligenz, weit verbreitet. Ein berühmter Nationalökonom wie Gustav Schmoller stimmte mit einem angesehenen Verfassungshistoriker wie Otto Hintze und vielen anderen darin überein, daß die starke Monarchie mit ihrer Militärmacht und Bürokratie, ihrem Bildungswesen und Industrialisierungserfolg den westlichen parlamentarisch-demokratischen Staaten überlegen sei – und bleiben werde. Dieses Superioritätsgefühl hat sich in den Kriegsjahren nach 1914 verhärtet (am deutschen Wesen sollte alle Welt genesen), seine tiefe Verletzung durch die Niederlage wurde bald vom neuen Rechtsradikalismus der zwanziger Jahre ausgenutzt, und das NS-Regime hat die ältere dunkelhaftige Neigung zur Sendungsideologie einer arisch-deutschen Herrenrasse maßlos übersteigert.

Nach 1945 hat sich demgegenüber aus guten Gründen eine negativ besetzte Vorstellung vom »deutschen Sonderweg« ziemlich schnell ausgebreitet. Unter dieser Abkürzung wurde jetzt im Aus- und Inland der Versuch verstanden, aus bestimmten Traditionen und Ursachenkomplexen der neueren deutschen Geschichte die Bedingungen der Möglichkeit des verhängnisvollen Absturzes in die Katastrophe des Nationalsozialismus herzuleiten. Diese Kritik ging von der Grundtatsache aus, daß zwar in Deutschland, doch in keinem anderen der hochentwickelten Industrieländer der Zwischenkriegszeit der Nationalsozialismus als hochradikalisierte Form des gemeineuropäischen Rechtsradikalismus, des Faschismus, eine Diktatur errichten konnte, die ihre Herrschaftsziele, ihre Lebensraumutopie und ihre rassistische Vernichtungspolitik in einem zweiten Weltkrieg, wo immer möglich, verwirklicht hat. Wurde diese Denkfigur eines »deutschen Sonderwegs« in den Abgrund akzeptiert, lenkte sie notwendig auf die aus der Vergangenheit stammenden Belastungen zurück: auf die Bürde der Weimarer Republik, des Kaiserreichs, des 19. Jahrhunderts. Die Forschung ist diesem Sog im Krebsgang gefolgt. Sie hat die Wirkungen der gescheiterten 1848er Revolution und von Bismarcks dreißigjährigem